

DE

DE

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 11.05.2007
SEK(2007) 638
Band I

ARBEITSPAPIER DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

EUROPAS DEMOGRAFISCHE ZUKUNFT: FAKTEN UND ZAHLEN

ZUSAMMENFASSUNG

INHALTSVERZEICHNIS

Die demografische Zukunft Europas: Fakten und Zahlen.....	3
1. Einleitung und Zusammenfassung	3
1.1. Hintergrund	3
1.2. Die Kernaussagen des Berichts	5

DIE DEMOGRAFISCHE ZUKUNFT EUROPAS: FAKTEN UND ZAHLEN

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG

1.1. Hintergrund

Dem demografischen Wandel wird in der Europäischen Union große Bedeutung beigemessen. Europa muss sich in der Tat auf tiefgreifende Veränderungen in seiner Bevölkerungsstruktur vorbereiten. Im nächsten Jahrzehnt werden die Babyboomer allmählich ins Rentenalter kommen. Infolge niedriger Geburtenraten werden weitaus weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten. In etwa zehn Jahren könnte die Gesamtbeschäftigung in der EU trotz steigender Beschäftigungsquoten langsam zurückgehen. Europas potenzielle Wachstumsrate könnte zu einem Zeitpunkt schrumpfen, da beträchtliche zusätzliche Ressourcen erforderlich sein werden, damit den Bedürfnissen einer wachsenden Zahl älterer Menschen entsprochen werden kann, für die ausreichende Renten und eine angemessene Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege zu sichern sind.

In ihrer Mitteilung mit dem Titel „Die demografische Zukunft Europas – Von der Herausforderung zur Chance“¹ vom Oktober 2006 legte die Kommission ihren Standpunkt zur demografischen Herausforderung dar und schlug die am besten geeigneten Strategien vor, um den zu erwartenden Auswirkungen zu begegnen. Die Mitteilung schloss an die umfassende öffentliche Debatte an, die durch das Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“² vom März 2005 eingeleitet worden war, sowie an die Diskussionen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs anlässlich des informellen Gipfels von Hampton Court im Oktober 2005. Die Kommission zeigte sich zuversichtlich, dass Europa fähig ist, die demografische Herausforderung zu bewältigen, und skizzierte fünf Handlungsbereiche, in denen umfangreicher Gestaltungsraum für konstruktive Strategien gegeben ist:

- ein Europa, das die demografische Erneuerung begünstigt;
- ein Europa, das Arbeit aufwertet: mehr Beschäftigung und ein längeres aktives Leben mit hoher Lebensqualität;
- ein produktiveres und leistungsfähigeres Europa;
- ein Europa, das auf die Aufnahme und Integration von Migranten vorbereitet ist;
- ein Europa mit zukunftsfähigen öffentlichen Finanzen: Garant eines angemessenen Sozialschutzes und des Ausgleichs zwischen den Generationen.

Wie in der Mitteilung angekündigt, wird die Kommission alle zwei Jahre einen europäischen Bericht zur Bewertung der demografischen Lage vorlegen, der im Vorfeld des Europäischen Demografieforum einen Überblick über die laufende Debatte und die aktuellen Forschungsarbeiten in der EU geben soll. Im vorliegenden ersten Demografiebericht sind die ausführlichen Analysen zusammengefasst, die vor der Annahme der Mitteilung über die demografische Zukunft Europas durchgeführt wurden. Der Bericht beruht auf der Arbeit

¹ KOM(2006) 571 vom 12. Oktober 2006.

² KOM(2005) 94 vom 16. März 2005.

des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und der Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen) über künftige Trends bei den öffentlichen Ausgaben. Er stellt eine Reihe von Studien zu den Auswirkungen des demografischen Wandels und eine Eurobarometer-Umfrage vor, die im Rahmen eines vom Europäischen Parlament initiierten Pilotprojektes finanziert wurden (die „Walter“-Pilotaktion von 2004 und 2005, so genannt nach ihrem Initiator, Ralf Walter - MdEP). Die Studien befassten sich mit einer Vielzahl von relevanten Fragen, u. a. mit dem Zusammenhang zwischen Rückgang/Alterung der Bevölkerung und Wirtschaftswachstum, den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die vom Arbeitsmarkt verlangten Fähigkeiten und Qualifikationen sowie mit Fragen hinsichtlich von Innovation und Produktivitätswachstum in Europa. Schließlich wird über die Anhörungen führender Experten im Januar und März 2006 sowie das erste Europäische Demografieforum berichtet, das am 30.-31. Oktober 2006 in Brüssel stattfand.

Mit dem vorliegenden Bericht sollen die wesentlichen Fakten und Zahlen aufbereitet werden, die als Grundlage für die Debatte über die demografische Zukunft Europas und entsprechende Strategien dienen können. Zunächst werden die Hauptdeterminanten des demografischen Wandels – Fertilität, Lebenserwartung und Migration – beschrieben und aus einer umfassenden und langfristigen Perspektive beleuchtet. In einem weiteren Kapitel werden die wirtschaftlichen Auswirkungen der Alterung und deren Folgen für die Lebensbedingungen in Europa erörtert.

Ein zentrales Anliegen des Berichts ist es, Fakten und Zahlen zu liefern, die das Potenzial der fünf wichtigen Strategiebereiche veranschaulichen, konstruktive Antworten auf die demografische Herausforderung zu geben. In einem Kapitel wird daher analysiert, inwieweit die Mitgliedstaaten dieses Potenzial bereits ausschöpfen. Auch wenn ein großes Spektrum unterschiedlicher Bereiche abgedeckt wird, so ist das vorgelegte Material doch noch unvollständig und die Analyse keineswegs abgeschlossen. Gleichwohl dürfte das Kapitel einen nützlichen Ansatzpunkt für eine realistische Beurteilung darüber liefern, wie gut die Europäische Union auf den demografischen Wandel vorbereitet ist. Spezische Länderprofile, die auf den traditionellen demografischen Indikatoren basieren, vervollständigen das Bild.

In ihrer Mitteilung vom Oktober 2006 teilte die Kommission ihre Absicht mit, im Zweijahresrhythmus ein größeres Europäisches Demografieforum zu veranstalten. In Zusammenhang mit jedem Forum soll ein solcher Bericht veröffentlicht werden, der als Grundlage für eine fundierte und konstruktive Debatte auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten dienen soll. Anhand der Reaktionen der verschiedenen interessierten Akteure, die sich bereits an der durch das Grünbuch ausgelösten Aussprache beteiligten, sowie der Gruppe hochrangiger Regierungsexperten für Demografie auf diesen ersten Bericht sollen die Zweijahresberichte über die demografische Zukunft verbessert werden.

Vermutlich gibt es zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten. Daher würden wir uns über Kommentare und Anregungen freuen, die Sie bitte an folgende Anschrift richten:

Referat E1
Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
Europäische Kommission
B-1049 Brüssel
Empl-e1-courrier@ec.europa.eu

1.2. Die Kernaussagen des Berichts

Der Bericht über die demografische Zukunft Europas 2006 umfasst drei Hauptteile, die den Hauptthemen der Mitteilung über die demografische Zukunft der EU entsprechen: Überblick über die Determinanten des demografischen Wandels, Analyse der wesentlichen Auswirkungen dieses Wandels sowie Beschreibung, wie im Rahmen von fünf politischen Schlüsselbereichen auf die Herausforderungen des demografischen Wandels reagiert werden kann. In dieser Zusammenfassung werden die wichtigsten Aspekte des Berichts herausgestellt, auf die in den jeweiligen Kapiteln ausführlich eingegangen wird.

Kapitel 2: Demografischer Übergang: Gemeinsames Merkmal der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung

Die bestimmenden Faktoren des demografischen Wandels sind Fertilität, Mortalität (Lebenserwartung) und Migration. Zusätzlich können die Auswirkungen, die dadurch entstehen, dass Alterskohorten unterschiedlicher Größe den Lebenszyklus durchschreiten, von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Hinsichtlich der **Fertilität** kann grob zwischen zwei Gruppen von Ländern in der EU unterschieden werden: jenen mit einer relativ niedrigen Fertilitätsrate (zwischen 1,6 und 1,9 Geburten pro Frau) und jenen mit einer sehr niedrigen Fertilitätsrate (1,5 Geburten und weniger). Der Durchschnitt für die EU-25 liegt bei 1,5 (2005). Demografen gehen davon aus, dass das bestandserhaltende Niveau einer Bevölkerung bei einer Geburtenziffer von etwa 2,1 Geburten je Frau liegt. Angesichts der derzeitigen Migrationsströme und der steigenden Lebenserwartung ist allerdings ein Bevölkerungsrückgang nur bei Fertilitätsraten, die signifikant unter diesem Niveau liegen, zu erwarten. Möglicherweise unterschätzen auch die derzeit beobachteten Fertilitätsraten Langzeittrends.

Der Indikator zur Messung der Fertilitätsrate ist so erstellt, dass die Verschiebung der ersten Geburt auf einen späteren Zeitpunkt im Leben einer Frau zunächst eine niedrigere Fertilitätsrate ergibt, bis die Frauen ein neues höheres Durchschnittsalter bei der Geburt erreicht haben. Dieser Tempo-Effekt könnte bei den Ländern mit den niedrigsten Geburtenraten, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, zum Tragen kommen. Die Bevölkerungsprojektionen Eurostat bis zum Jahr 2050 gehen von ansteigenden Fertilitätsraten aus, vor allem für die Länder, die derzeit die niedrigsten Raten aufweisen. Für die EU-25 wird eine leichte Erholung von 1,5 auf 1,6 Geburten je Frau prognostiziert. Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2006 haben die Bürger- und Bürgerinnen in der EU grundsätzlich eine bejahende Haltung zu Kindern. Sie hätten gerne mehr Kinder als sie tatsächlich haben und sie würden sie gerne etwas später bekommen.

Seit dem 19. Jahrhundert ist der Zugewinn an **Lebenserwartung** vor allem auf die gesunkene **Säuglings- und Kindersterblichkeit** infolge allgemeiner soziökonomischer und medizinischer Fortschritte zurückzuführen. In jüngerer Zeit ist auch die Mortalität im mittleren Alter zurückgegangen. Während sozioökonomische Faktoren wie Einkommen und Bildung auch nach wie vor wichtig sind für den Zugewinn an Lebenserwartung, spielen die Verfügbarkeit moderner medizinischer Behandlung und die sich ändernden Lebensweisen eine immer größere Rolle. In der Regel ist die Lebenserwartung in den alten Mitgliedstaaten (EU-15) höher (82,4 Jahre bei den Frauen und 76,7 Jahre bei den Männern) als in den neuen Mitgliedstaaten (EU-10) (78,7 bzw. 70,4). Laut den Bevölkerungsprognosen von Eurostat ist von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung um etwa sechs Jahre für Männer und fünf Jahre für Frauen (EU-25) im Zeitraum 2004-2050 auszugehen. Hauptgrund hierfür ist vor

allem der Rückgang der Mortalität im höheren Alter, was zu einem zunehmenden Anteil älterer und sehr alter Menschen an der Gesamtbevölkerung führen wird. Diese Entwicklung der Lebenserwartung wird allerdings von der Vermeidung einer ungesunden Lebensweise abhängen, einschließlich Tabakkonsum, ungesunder Ernährung, Bewegungsmangel und Alkoholmissbrauch.

Migration hat sich zu einem immer bedeutenderen Faktor für den demografischen Wandel in der EU entwickelt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog sich in weiten Teilen Europas ein historischer Umbruch von der Auswanderung hin zur Zuwanderung. In den Jahren 2003/2004 erreichte die Nettozuwanderung in die EU einen Spitzenwert von nahezu 2 Millionen. Allerdings betrafen zwei Drittel dieser Migrationsbewegungen Italien und Spanien, die eine hohe Zahl illegaler Zuwanderer verzeichneten, von denen die Mehrzahl bereits in den Jahren zuvor gekommen war und nach der Regularisierung dann plötzlich in der Migrationsstatistik auftauchte. Bei Aufrechterhaltung der Zuwanderung auf diesem sehr hohen Niveau würde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der EU weiterhin bis etwa 2030 anwachsen und nicht, wie es die derzeitige Bevölkerungsprognose von Eurostat voraussagt, bereits Ende des jetzigen Jahrzehnts anfangen zu schrumpfen. Allerdings würde in diesem Fall das Problem der Integration der Zuwanderer noch dringlicher werden. Schon heute wird die unzureichende Integration der bereits in vielen Mitgliedstaaten lebenden Zuwanderer häufig als problematisch angesehen.

Die **Babyboomer** (Jahrgänge 1945 bis 1965) stellen nach wie vor den Großteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Diese geburtenstarken Kohorten erreichen in Bälde das Rentenalter, was ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der im Ruhestand befindlichen Personen zur Folge hat. 15 bis 20 Jahre nach ihrem Eintritt in den Ruhestand werden sie zu einer starken Belastung der Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme führen..

Die Gesamtbevölkerungsgröße wird infolge dieser Trends bis 2050 nahezu unverändert bleiben, verändern wird sich allerdings die Bevölkerungsstruktur in Europa. Laut **Basisbevölkerungsprojektion** von Eurostat wird das Medianalter in der EU zwischen 2004 und 2050 von 39 auf 49 Jahre steigen. Die Zahl junger Menschen (0- bis 14-Jährige) in der EU wird in absoluten Zahlen von ca. 100 Millionen im Jahr 1975 weiterhin bis zum Jahr 2050 auf etwa 66 Millionen sinken. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige) wird um das Jahr 2010 ihren Höchststand erreichen (331 Millionen), um dann bis 2050 auf 268 Millionen deutlich zurückzugehen. Die Alterung wird alle EU-Mitgliedstaaten betreffen, allerdings in unterschiedlichem Maße. Im Jahr 2050 wird der Altersquotient (Zahl der über 65-Jährigen geteilt durch Zahl der 15- bis 64-Jährigen) in der EU-25 ca. 53 % betragen (derzeit liegt er bei 25 %), wobei die höchsten Quoten für Italien und Spanien zu erwarten sind (66 – 67 %), die niedrigsten für Dänemark, Luxemburg, Malta, die Niederlande und Schweden (etwa 40 %).

Die Auswirkungen der Alterung mögen auf nationaler Ebene erst in ein bis zwei Jahrzehnten in ihrer ganzen Tragweite sichtbar werden, aber auf **regionaler Ebene** sind sie schon jetzt erkennbar. In einigen Regionen ist bereits ein negatives „natürliches Wachstum“ (Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen) zu verzeichnen. Durch die Migration kann die Entwicklung beschleunigt oder verlangsamt werden. Die Regionen werden die Auswirkungen der langfristigen Bevölkerungstrends verstärkt in ihren mittelfristigen Regionalstrategien berücksichtigen müssen. Eine Reihe von Regionen hat bereits reagiert und ist in einer Vorreiterrolle, was Strategiekonzepte und praktisches Handeln zur Bewältigung der demografischen Herausforderung angeht.

Vor 100 Jahren lebten ca. 15 % der Weltbevölkerung im Gebiet der heutigen EU-25; heute macht dieser Anteil 7 % aus und laut Bevölkerungsprognosen der UN (aus dem Jahr 2004) wird 2050 der **Anteil der EU-25 an der Gesamtweltbevölkerung** etwa 5 % betragen. Während weltweit in allen Regionen – ausgenommen in Afrika südlich der Sahara – eine signifikante Alterung der Bevölkerung zu verzeichnen sein wird, ist die EU die einzige große Weltregion, die in den nächsten vier Jahrzehnten mit einer Verringerung der Gesamtbevölkerung konfrontiert sein dürfte. Zwar ist in vielen Entwicklungsländern eine rückläufige Fertilität zu verzeichnen, aber die demografischen und sozioökonomischen Kontraste zwischen Europa und seinen südlichen Nachbarn legen nahe, dass der hohe Migrationsdruck in den kommenden Jahrzehnten anhalten wird.

Kapitel 3: Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demografischen Wandels

Mit dem demografischen Wandel werden die Möglichkeiten für künftiges **Beschäftigungswachstum** nach und nach abnehmen. Obwohl davon auszugehen ist, dass die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (15- bis 64-Jährige) ab etwa 2011 schrumpfen wird, dürfte die Gesamtbeschäftigung in der EU-25 jedoch zumindest bis etwa 2017 aufgrund einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung weiterhin steigen. Dank eines höheren Bildungsstands und einer verstärkten Erwerbsbeteiligung jüngerer Frauen dürften die Beschäftigungsquoten für Frauen von knapp mehr als 55 % im Jahr 2004 bis zum Jahr 2025 auf nahezu 65 % ansteigen. Die Beschäftigungsquoten für ältere Arbeitskräfte werden entsprechend den Vorausschätzungen ebenfalls ansteigen, von 40 % im Jahr 2004 (EU-25) auf 47 % im Jahr 2010 und 59 % im Jahr 2025. Ab 2017 wird die Gesamtbeschäftigung jedoch aufgrund der sinkenden Anzahl von Personen im erwerbsfähigen Alter stagnieren, um dann abzunehmen. Da die Beschäftigung sinkt und die Produktivität die einzige Quelle für künftiges Wirtschaftswachstum sein wird, dürfte die durchschnittliche potentielle **Wachstumsrate** des jährlichen BIPs der EU-25 von 2,4 % im Zeitraum 2004-2010 auf nur noch 1,2 % im Zeitraum 2031 bis 2050 zurückgehen.

Die rückläufige Beschäftigung zu einem Zeitpunkt, da die Zahl der älteren Menschen zunimmt, die Anspruch auf ausreichende Renten und eine angemessene Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege haben, stellt eine große Herausforderung für die langfristige **Tragfähigkeit der Systeme der sozialen Sicherung** dar. Für diese Ausgabenkategorien ist voraussichtlich bis 2050 in der EU-25 mit einem Anstieg von 4,5 Prozentpunkten des BIP zu rechnen. Öffentliche und private Rentenausgaben, die im Durchschnitt 13 % des BIP in der EU ausmachen (Stand 2003), haben dazu geführt, dass Alter nicht mehr gleichbedeutend mit Armut oder der Abhängigkeit von den eigenen Kindern ist. Ob in Europa jedoch auch in Zukunft angemessene Renten gewährleistet werden können, hängt in entscheidendem Maße davon ab, dass das effektive Renteneintrittsalter erhöht wird und die Rentensysteme an die steigende Lebenserwartung angepasst werden, um so Transparenz beim Verhältnis Beiträge/Leistungen zu schaffen. Gesundheits- und Langzeitpflegedienste werden heutzutage am stärksten von älteren Menschen in Anspruch genommen. Mit der zunehmenden Anzahl älterer Menschen wird auch die Nachfrage nach diesen Leistungen ansteigen. Nach Berechnungen von Eurostat wird der Anteil der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 4,1 % im Jahr 2005 auf 6,3 % im Jahr 2025 und schließlich auf 11,4 % im Jahr 2050 ansteigen. Auch wenn das Alter an sich nicht der einzige Faktor ist, der die Ausgaben im Gesundheitswesen beeinflusst (allerdings dient es als Indikator für den Gesundheitszustand einer Person), so geht aus den Projektionen doch hervor, dass es aufgrund der alternden Bevölkerung zu massivem Druck zur Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege kommen wird.

Kapitel 4: Chancen zur Bewältigung des demografischen Wandels

In der Mitteilung der Kommission „Die demografische Zukunft Europas – Von der Herausforderung zur Chance“ werden fünf politische Schlüsselbereiche aufgezeigt, in denen konstruktive Lösungen entwickelt werden können, um der demografischen Herausforderung zu begegnen. Zu den diesbezüglichen Schlüsselgrößen gehören Geburtenraten, Beschäftigungsniveau, Produktivitätswachstum, Migration und zukunftsfähige öffentliche Finanzen. Durch eine intelligente Verknüpfung der Maßnahmen in diesen Bereichen sind Synergieeffekte möglich. So werden sich beispielweise Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsquote für ältere Arbeitskräfte positiv auf die öffentlichen Finanzen auswirken. Außerdem werden stärker wettbewerbsorientierte Märkte die Rendite von Investitionen zugunsten älterer Arbeitskräfte erhöhen.

Ein Europa, das die demografische Erneuerung begünstigt, indem die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert wird

Die Entscheidung gegen oder für (mehr) Kinder muss nach wie vor Privatsache bleiben – aber es besteht Spielraum für Maßnahmen, die den Familien eine bewusste Wahl ermöglichen. Laut Umfragen wünschen sich die Europäer ganz allgemein mehr Kinder als sie tatsächlich haben. Internationale Vergleiche belegen, dass Unterstützungsmaßnahmen zugunsten derjenigen, die Kinder haben wollen, durchaus zu einem Ansteigen der Geburtenraten beitragen können. Selbst geringe Änderungen in den Fertilitätsraten werden auf lange Sicht bedeutsame Auswirkungen auf Größe und Altersstruktur der Bevölkerung haben. Allerdings wird sich ein Ansteigen der Fertilitätsraten erst nach 20 oder mehr Jahren in einer größeren Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und in höheren Beschäftigungsquoten niederschlagen. Insofern könnte diese Entwicklung im Idealfall nur in begrenztem Maße zur Lösung des Problems der Alterung der Babyboom-Kohorten beitragen. Erschwerend hinzu kommt, dass Prognosen zufolge die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in den kommenden Jahrzehnten zurückgehen wird.

Den erfolgversprechendsten Weg, um Männer und Frauen in die Lage zu versetzen, sich ihre Kinderwünsche auch tatsächlich zu erfüllen, stellen politische Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. Es sind in erster Linie die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit und Karriere an die Bedürfnisse der Familie (einschließlich Betreuung älterer Angehöriger) anpassen, indem sie entweder aus dem Beruf ausscheiden oder als teilzeit arbeiten. Die Länder, die die höchste Erwerbsbeteiligungsquote für Frauen und die größten Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung (die sich in unterschiedlichen Mustern der Zeitverwendung bei Frauen und Männern widerspiegeln) aufweisen, verzeichnen derzeit auch relativ hohe Fertilitätsraten. Vor etwa 20 Jahren tendierten die Länder mit einer hohen Erwerbsbeteiligung der Frauen zu einer niedrigeren Fertilität als diejenigen mit einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen. Wichtige Faktoren für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sind der Zugang zu Dienstleistungen (vor allem Angebote für erschwingliche und gute Tagesbetreuung), flexible Arbeitszeiten und -bedingungen sowie die Gleichstellung der Geschlechter (wozu auch die gleichmäßige Aufteilung der Familien- und Haushaltspflichten gehört). Parallel zu den Strategien, die auf bessere Bedingungen für Frauen und Männer abstellen, die eine Familie gründen wollen, dürfte es immer wichtiger werden, sich mit den biologischen Faktoren für verminderte Fertilität zu befassen. Da potenzielle Eltern sich immer später für Kinder entscheiden, bleibt ihr Kinderwunsch immer häufiger wegen Unfruchtbarkeit unerfüllt. Insofern kann die Verfügbarkeit von Fertilitätsbehandlungen einen Einfluss auf die Geburtenraten haben.

Ein Europa, das Arbeit aufwertet: mehr Beschäftigung und ein längeres aktives Leben mit hoher Lebensqualität

Der tatsächliche Altersabhängigkeitsquotient bzw. das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den erwerbsfähigen Personen im Alter von 15-64 Jahren liegt sogar über dem demografischen Abhängigkeitsquotienten und wird in der EU-25 bis 2050 voraussichtlich von 37 auf 70 steigen. Trotz eines signifikanten Anstiegs der Beschäftigungsquoten dürfte sich der tatsächliche Altersquotient drastisch verschlechtern. Würde die Beschäftigungsquote in der EU-25 auf das Niveau der Mitgliedstaaten, die derzeit die besten Ergebnisse erzielen, angehoben, so würden damit etwa zwei Drittel des Beschäftigungsrückgangs ausgeglichen, der aufgrund einer schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erwarten ist. Eine derartige Steigerung der Beschäftigungsquoten würde natürlich zahlreiche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und bei den institutionellen Mechanismen voraussetzen. Erforderlich ist ein Lebenszyklus-Ansatz, der darauf abstellt, dass die Arbeitskräfte länger erwerbstätig und produktiv bleiben können, u. a. durch lebenslanges Lernen und einen besseren Gesundheitsschutz. Die größte Chance zur Steigerung der Beschäftigungsquoten liegt in einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Arbeitskräften und bestimmten auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen.

Zur Erschließung dieses Potenzials ist eine Anhebung des Bildungsniveaus von ausschlaggebender Bedeutung. Ein höheres Bildungsniveau geht mit signifikant höheren Beschäftigungsquoten und weitaus niedrigeren Arbeitslosenquoten einher. Im Jahr 2005 betrug die durchschnittliche Beschäftigungsquote für hochqualifizierte Arbeitskräfte in der EU 82,5 %, für Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation (Abschluss der Sekundarstufe II) 68,7 %, für Geringqualifizierte dagegen nur 46,4 %. Sowohl die Lissabon-Strategie als auch die europäische Beschäftigungsstrategie legen den Schwerpunkt auf Beschäftigung und Wachstum und stellen Leitlinien auf, wie den demografischen Herausforderungen zu begegnen ist. Voraussetzung für eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen sind ein Ausbau des Angebots an erschwinglicher, hochwertiger Betreuung für Kinder und pflegebedürftige Angehörige, die Aufteilung der Familien- und Haushaltspflichten auf Frauen und Männer, eine Verringerung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede sowie eine verstärkte Gleichstellung und Chancengleichheit der Geschlechter. Der 2006 angenommene Europäische Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter zielt auf die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellungsperspektive ab und soll als Instrument für die Förderung der Beschäftigung von Frauen dienen. Eine weitere, noch wichtigere Strategie zur Erschließung des Potenzials für eine gesteigerte Beschäftigung besteht in der Verlängerung der Erwerbstätigkeit, indem Anreize für einen späteren Renteneintritt geschaffen werden. Anzusetzen ist hierbei nicht nur bei den Rentensystemen, sondern auch bei den Frühverrentungs- und Sozialversicherungsregelungen (Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Krankheit), die mitunter als Ausstiegsmöglichkeit in Anspruch genommen werden. Ältere Arbeitskräfte sind heutzutage in einer weitaus besseren gesundheitlichen Verfassung als ihre Altersgenossen vor 40/50 Jahren. Im Übrigen erscheint es angebracht, verstärkt Anreize für den längeren Verbleib im Erwerbsleben zu schaffen, da die heutigen älteren Arbeitskräfte später in den Arbeitsmarkt eingetreten sind. Unterstützt werden kann dieser Ansatz durch eine den gesamten Lebenszyklus umspannende Perspektive. Die Grundlage für ein aktives Altern ist durch eine gute Erstausbildung zu schaffen, die die Arbeitskräfte in die Lage versetzt, sich am lebenslangen Lernen zu beteiligen. Die Gesundheitsförderung während des gesamten Berufslebens sowie wirksame und leistungsfähige Gesundheitsdienste sind ebenfalls wichtig, denn gesunde Arbeitskräfte sind produktiver. Gesundheitsstörungen gehören zu den Hauptursachen für Fernbleiben vom Arbeitsplatz und Frühverrentung. Die Rentenreformen in den meisten Mitgliedstaaten sehen eine Anhebung des Erwerbsaustrittsalters vor und würden

durch eine Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte (durch Förderung ihrer Qualifikation und ihres Gesundheitszustands) zusätzlich gestützt. Das Arbeitspotenzial aller Gruppen muss voll und ganz genutzt werden, und es sind Maßnahmen zu ergreifen, um benachteiligte Gruppen, wie behinderte Menschen, Angehörige ethnischer Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine wichtige Zielgruppe sind auch die jungen Menschen, für die eine hohe Arbeitslosenquote zu verzeichnen ist.

Ein produktiveres und leistungsfähigeres Europa

Wirtschaftswachstum und hoher Lebensstandard werden ab 2017, wenn die Gesamtbeschäftigung abnehmen dürfte, ausschließlich von einer erhöhten Arbeitsproduktivität abhängen. In Europa besteht ein großes Potenzial für Produktivitätsverbesserungen, vorausgesetzt alle Mitgliedstaaten schließen zu den Ländern mit den besten Ergebnissen auf, deren Produktivität über dem und nahe am Niveau der USA liegt. Selbst die Länder, die in puncto Produktivität führend sind, können ihr Wachstum beschleunigen, indem sie Barrieren, die der Innovation und dem strukturellen Wandel entgegenstehen, beseitigen sowie intensiv Forschung und Entwicklung fördern, die zu neuen Produkten und effizienteren Produktionsverfahren führen.

Um dieses Potenzial erschließen zu können, bedarf es in erster Linie Investitionen in das Humankapital. Das Beispiel der leistungsfähigsten Mitgliedstaaten zeigt, dass der Bildungsstand in der EU noch erheblich angehoben werden kann. In diesem Kontext gilt es vor allem, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern, die auf den künftigen Arbeitsmärkten mit wachsenden Schwierigkeiten konfrontiert sein werden. 2005 verfügten 17 % der Männer und 13 % der Frauen in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I und absolvierten keine weitergehende Ausbildung. Weitere Verbesserungen drängen sich auch in Bezug auf den Anteil der Absolventen der Sekundarstufe II und der Hochschulbildung auf. Die Ausgaben für die tertiäre Bildung belaufen sich in der EU-25 lediglich auf 1,2 % des BIP, in den USA dagegen auf 2,9 %. Etwas kleiner ist die Schere EU/USA bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), die in der EU knapp unter 2 % des BIP und in den USA bei etwa 2,7 % liegen. Europas Fähigkeit zu Innovation und Produktivitätswachstum in der Zukunft wird von verstärkten Investitionen zugunsten von Bildung und Forschung auf Spitzenniveau abhängen. Diese werden auch von entscheidender Bedeutung sein, um die neuen Marktchancen erfolgreich zu nutzen, die sich durch die „Seniorenwirtschaft“ auftun, also durch neue Produkte und Dienste, die an die sich wandelnden Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft und die geänderte Nachfragestruktur angepasst sind.

*Ein Europa, das auf die Aufnahme und Integration von Migrant*innen vorbereitet ist*

Aufgrund seines Wohlstands und seiner gut funktionierenden Gesellschaften wird Europa auch weiterhin attraktiv für Zuwanderer sein. Es ist allerdings festzuhalten, dass die EU nicht so erfolgreich ist wie die USA und Kanada, wenn es darum geht, die am besten qualifizierten Zuwanderer anzuziehen. Das 2005 verabschiedete Zulassungsverfahren für Forscher aus Drittstaaten³ ist ein erster Schritt, um die Attraktivität Europas für Hochqualifizierte zu erhöhen. Derartige Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungsländer infolge der Abwanderung von Spitzenkräften gehen, sondern können und müssen für alle Seiten von

³ Richtlinie 2005/71/EG.

Nutzen sein. Etwa 3,7 % der Bevölkerung der EU-27 sind Staatsangehörige von Drittländern (EU-15: 5,1 %). Somit entspricht die Zuwanderung bereits einem Bedarf der europäischen Arbeitsmärkte und die Nachfrage nach hoch- sowie geringqualifizierten Arbeitsmigranten wird anhalten.

Auch wenn die EU-interne Mobilität der Arbeitnehmer die demografischen Trends für die EU insgesamt nicht beeinflussen wird, so birgt sie doch ein enormes Potenzial für eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligungs- und Beschäftigungsquoten, da sie Menschen in Regionen mit schlechten Arbeitsmarktchancen bessere Möglichkeiten eröffnet. Länder mit einem hohen Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren, wie Spanien und Irland, haben immensen Nutzen gezogen aus dem beträchtlichen Zustrom von Arbeitnehmern sowohl aus Drittstaaten als auch aus der Europäischen Union selbst.

Um das Potenzial der Zuwanderung nutzen zu können, gilt es, die Herausforderung der Eingliederung der Zuwanderer und ihrer Familienmitglieder in die europäischen Gesellschaften zu meistern. Die EU-Mitgliedstaaten verzeichnen offensichtlich unterschiedliche Erfolge bei der beruflichen und sozialen Eingliederung der Zuwanderer. In der Regel ist der Bildungsstand der Nichtstaatsangehörigen weitaus niedriger als der der Staatsbürger des betreffenden Mitgliedstaats, obwohl in einigen Mitgliedstaaten der Prozentsatz der Nichtstaatsangehörigen mit Hochschulabschluss tatsächlich höher ist als derjenige der Staatsangehörigen. Gleichzeitig ist in verschiedenen Mitgliedstaaten die Beschäftigungsquote der Zuwanderer, insbesondere der Frauen, sehr niedrig. Mit dieser unzureichenden Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft des Aufnahmelandes geht ein relativ negatives Bild der Migration einher. So sind laut Eurobarometer im Durchschnitt nur 4 von 10 Unionsbürgern der Meinung, dass die Zuwanderer einen erheblichen Beitrag für ihr Land leisten, während die knappe Mehrheit der Bürger (52 %) diese Ansicht nicht teilt.

Ein Europa mit zukunftsfähigen öffentlichen Finanzen: Garant eines angemessenen Sozialschutzes und des Ausgleichs zwischen den Generationen

In allen Mitgliedstaaten wird die Bevölkerungsalterung zu einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege führen. Schätzungen zufolge wird sich in den meisten Mitgliedstaaten, in denen die Renten über Beiträge finanziert werden, das Ungleichgewicht zwischen Beiträgen und Bedarf vergrößern. Die von verschiedenen Mitgliedstaaten eingerichteten Reservefonds können den künftigen Finanzierungsbedarf abmildern, sind aber offenbar in den meisten Fällen nicht ausreichend. In den meisten Mitgliedstaaten sind die öffentlichen Haushalte bei gleichbleibenden politischen Rahmenbedingungen auf Dauer nicht zukunftsfähig. Erforderlich sind Haushaltskonsolidierung und weitere Anstrengungen zur Reform der Renten-, Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme. Eine Erhöhung der Anzahl von Jahren, in denen die Arbeitskräfte ihre Erwerbstätigkeit aufrechterhalten und bei guter Gesundheit bleiben, wird zu einer Minderung des finanziellen Drucks auf die Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme beitragen.

Abgesehen von künftigen Entwicklungen bei den Ausgaben und Einnahmen hängt die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen von der aktuellen Defizit- und Schuldsituation ab. Falls keine Änderungen vorgenommen werden, besteht das Risiko, dass die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen untergraben wird. Zinszahlungen für öffentliche Schulden können in einigen Mitgliedstaaten mehr als 10 % der öffentlichen Einnahmen ausmachen. Den Mitgliedstaaten wird nahegelegt, das derzeitige Defizit- und Schuldenniveau zu senken sowie untragbare Ausgaben zu vermeiden, damit sie weiterhin in

der Lage sind, dem Ausgabenbedarf gerecht zu werden, u. a. demjenigen, der sich aufgrund der Bevölkerungsalterung ergibt. Das Potenzial für eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist in den Mitgliedstaaten äußerst unterschiedlich.

Für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist es wichtig, zu einem Zeitpunkt zu agieren, zu dem die Wachstumsaussichten noch günstig sind. Die EU hat einen zeitlichen Handlungsspielraum von etwa zehn Jahren, ehe die Beschäftigung – entsprechend den Vorausschätzungen – infolge der schrumpfenden Bevölkerung im erwerbstätigen Alter sinkt. Bei der Bewältigung der Herausforderungen der Bevölkerungsalterung kommt der Mobilisierung des vollen Potenzials älterer Arbeitskräfte, einschließlich der Nutzung der begrenzten Zeitspanne zur Reform der Renten- und Gesundheitssysteme und zur Vermeidung eines frühzeitigen Ausscheidens der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt, eine entscheidende Rolle zu. Zur Wahrung der Solidarität zwischen den Generationen gilt es, eine angemessene soziale Sicherung für die Älteren zu gewährleisten und ausreichende Investitionen zugunsten der jüngeren Generation zu tätigen.